

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

**Bundratsinitiative zur Ergänzung des Strafgesetzbuches wegen Bedrohung von
Zeugen und Gerichtspersonen**

Drucksachen 19/1710 und 19/1974

Der Senat von Berlin
JustV III C 4
Telefon: 9013 (913) - 3254

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung
- zur Kenntnisnahme -

über Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Strafgesetzbuches wegen Bedrohung von Zeugen
und Gerichtspersonen
- Drucksachen Nrn. 19/1710 und 19/1974 -

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 17. Oktober 2024 Folgendes beschlossen:

„Der Berliner Senat wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, um im Regelwerk der §§ 240 ff. Strafgesetzbuch die ‚Bedrohung von Zeugen und Gerichtspersonen‘ strafrechtlich explizit zu regeln und erheblich schärfer zu sanktionieren.“

Hierzu wird berichtet:

Der Senat hat in seiner Sitzung vom 10. September 2024 beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung – „Bedrohung von Zeuginnen und Zeugen und Gerichtspersonen“ in den Bundesrat einzubringen und die Vorlage dem Abgeordnetenhaus von Berlin gemäß Artikel 50 der Verfassung von Berlin am selben Tag zur Besprechung vorgelegt (Drucksache 19/1909).

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 27. September 2024 die Vorlage federführend dem Rechtsausschuss und – mitberatend – dem Innenausschuss zugewiesen (BR-Drucksache 449/24). Der Rechtsausschuss hat dem Bundesrat empfohlen, den Gesetzesentwurf gemäß Art. 76 Absatz 1 des Grundgesetzes beim Deutschen Bundestag einzubringen, der Innenausschuss hat empfohlen, ihn in erweiterter Form einzubringen (BR-Drucksache 449/1/24). Um die Beschlussfassung des Bundesrates im Hinblick auf die sich am 18. Oktober 2024 abzeichnenden Mehrheitsverhältnisse zu vermeiden, wurde sie von der Tagesordnung der 1048. Sitzung des Bundesrates abgesetzt.

Es wird gebeten, den Beschlussauftrag damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 28. Januar 2025

Der Senat von Berlin

Kai Wegner
Regierender Bürgermeister

Dr. Felor Badenberg
Senatorin für Justiz und
Verbraucherschutz